

BEITRAG DEUTSCHER TAG

Sekretariatsleiter Jan Diedrichsen

sekretariat@bdn.dk / +45 22308876

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich denke, unserer Hauptvorsitzender hat Sie alle zum heutigen Informationsgespräch in Tingleff gebühren begrüßt und ich werde es mit einem kurzen Hallo belassen.

Lassen sie mich aber dennoch zwei Personen besonders willkommen heißen, da es mich persönlich freut, dass sie heute da sind. Es sind zwei Präsidenten. Zum einen der Präsident der Jugend Europäischer Volksgruppen, Aleksander Studen Kirchner, der aus Kärnten angereist ist und seine Gruppe von JEV-Leuten und dann natürlich auch Hans Heinrich Hansen der Präsident der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen, den ich auch begrüßen möchte.

Für mich ist es heute eine Premiere – ich bin zum ersten Mal in diesem Rahmen als neuer Leiter des Sekretariats der deutschen Minderheiten in Kopenhagen anwesend und werde ihnen berichten. Bei Premieren ist man bekanntermaßen besonders aufgeregt. Ich hoffe, dass sie mir helfen werden, und mich sicher durch diese Premiere geleiten.

Ich werde meinen heutigen Bericht in drei Hauptteile aufgliedern.

- dänische Innenpolitik
- einige ausgesuchte Themenbereiche kommentieren

Abschließend kurze einige Bemerkungen zum Stand der Europäischen Minderheitensituation

Ich habe eben das Wort *kurz* betont, denn unser Generalsekretär Peter Iver achtet bzw. verweist immer – zu Recht – auf die Vorteile von kurzen, kurzweiligen Beiträgen, die nicht länger als 15–20 Minuten dauern dürfen. Ich folge natürlich den Anweisungen unseres Generalsekretärs und werde mein Bestes geben, diese Vorgabe umzusetzen.

DÄNISCHE POLITIK – WAHL

Ich habe bei meinem ersten Vortrag in diesem Rahmen Glück, denn die Ausgangssituation mit Blick auf die dänische Innenpolitik könnte derzeit nicht spannender sein.

Zum einen ist der dänische Regierungschef überraschend zu Blitzwahlen geschritten, die in 10 Tagen, am 13. November stattfinden werden.

Aber es steht nicht nur eine Neuwahl an, sondern die gesamte dänische Politiklandschaft befindet sich nach der Gründung der neuen Partei „Neu Allianz“ in einem Neufindungsprozess. Neue mögliche Kooperationen, Koalitionen werden – vor allem in den Medien – durchgespielt.

Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass es derzeit mehr um politische Farbenlehre – sprich, wer mit wem, geht, als um wirkliche inhaltliche Auseinandersetzungen.

Wie sehen die letzten Meinungsumfragen aus

Fast zwei gleich Große Parteien – Sozialdemokraten und Venstre.

Die Partei des Regierungschefs und die Koalition mit Konservativen und der parlamentarischen Grundlage Dansk Folkeparti stehen Mandate zu verlieren. Aber es gelingt auch nicht der Sozialdemokratie (wenn man den Demoskopen Glauben schenken kann) sich an der schwächelnden Regierungsgrundlage zu stärken. Es ist vor allem die Sozialistische Alternative mit SF, die an Stimmen hinzugewinnt.

Die Partei von Hellen Thorning Schmidt verharrt in den Meinungsumfragen auf dem Stand von der Wahl vor zwei Jahren.

In der letzten Umfrage, Vilstrup
AFØ 67 Mandate
Radikale Venstre Linksliberalen – 13
VCØ – 82 Mandate (Minus von 12 Mandaten)

Das bedeutet, dass die 12 prognostizierten Stimmen der neuen Allianz entscheidend sein werden.

Zahlenakrobatik ist bei Wahlen immer sehr gefährlich, aber mit relativer Sicherheit lässt sich sagen, dass die Neue Allianz um ihren Parteichef Naser Kader entscheiden wird, wer Dänemark in den nächsten Jahren regieren

wird.

Lassen sie mich daher bei dem neuen, vermutlich bald entscheidenden Faktor der dänischen Politik anfangen, nämlich der in diesem Jahr neu gegründeten Partei „Neue Allianz / Ny Alliance“

Zwei der drei Parteigründer, der Chef Naser Kader und sein „strategischer Kopf“ Anders Samuelsen aus dem Europaparlament haben Anfang der Woche uns im Haus Nordschleswig in Apenrade besucht und wir konnten ihnen auf den Zahn fühlen.

Zwar hatten die Spitzenpolitiker ehrlicherweise zugeben müssen, dass sie ob der Tatsache, dass sie eine so junge Partei sind, noch keine Politik für die deutsche Minderheit formuliert hätten, aber daran arbeiten würden.

Das hat natürlich sein Gutes, nun können wir ihnen ja einen Vorschlag schicken, wie eine solche Politik für die Minderheit aussehen könnte.

Doch zurück zur Bedeutung der Neuen Allianz für das politische System in Dänemark. Das Mantra der Partei lautet, dass man die Blockpolitik der vergangenen Jahre überwinden möchte. Unter Blockpolitik versteht man die enge Zusammenarbeit der beiden Regierungsparteien Venstre und Konservative mit der Dansk Folkeparti und der linken Opposition auf der anderen Seite. Dies wird von den Parteigründern kritisiert und vor allem die dänische Volkspartei, die in den vergangenen Jahren einen entscheidenden Einfluss auf die dänische Politik gehabt hat, will man in die politischen Schranken verweisen.

Wichtig ist zu unterstreichen, dass die neue Partei eine eher bürgerliche Wählerstruktur hat und Anders Samuelsen sagte es ziemlich süffisant bei seinem Besuch bei uns, man könne nicht ausschließen mit den Sozialdemokraten die Regierung zu stellen, wenn sie das Steuermodell seiner Partei, das auf einem Flat-Tax-Modell von 40 Prozent fußt, akzeptieren würde. Soweit werden die Sozialdemokraten jedoch nicht gehen können und es ist wahrscheinlich, dass man von Seiten der Neuen Allianz auf einen bürgerlich geführte Koalition zeigen wird. Die große Frage wird sein, wie sich die Rechtspartei Dansk Folkeparti und Ny Alliance werden vertragen können.

In den noch verbleibenden Tagen des Wahlkampfes, der sehr hart geführt wird und bis ans persönlich geht, kann noch in den Meinungsumfragen viel geschehen – aber es verdichten sich die Anzeichen, dass die neue dänische Partei Neue Allianz sich in der Königsmacherrolle wieder finden wird.

AUSGEWÄHLTE PUNKTE

DÄNEMARK WUNDERBAR

Wenn ich in Kopenhagen von deutschen Gästen Besuch erhalte und über dänische Innen- und Außenpolitik diskutiere ist man neben dem sog. Systemwunder Dänemark mit seinem Flexicurity-System und den traumhaften Eckdaten von Wirtschaft, Beschäftigung und Staatsfinanzen manchmal etwas zweifelnd ob einiger Punkte, die ich als Besonderheiten herausstelle.

Steuer

So hat unter anderem die Steuerdebatte in Dänemark so manchen meiner Gesprächspartner aus Deutschland verwunderter die Augenbrauen ziehen lassen.

Dass die Sozialdemokraten in den Wahlkampf ziehen mit der schwarz-weiß Alternative, dass die Regierung auf der einen Seite Steuersenkungen wünschen (was diese jedoch öffentlich abstreite) muss erklärt werden.

Dänemark hat noch immer ein sehr hohen Steuerdruck, aber prinzipiell an dem Steuersystem in Form von merkbaren Steuererleichterungen zu hantieren gilt als politisch sehr, sehr gefährlich, ja gar als politischer Selbstmord, wenn dies von den beiden Volksparteien angegangen wird.

Das liegt daran, dass die Meinungsumfragen belegen, dass der dänische Wähler keine Steuererleichterungen wünscht. Diese werden nämlich mit dem Abbau von Leistungen des Öffentlichen Systems gleichgesetzt und die Sicherung des sog. dänischen Wohlfahrtssystems hat hohe Priorität. So haben die Sozialdemokraten wie ich bereits andeutete, ihren Wahlkampf mit den beiden Antipoden Steuersenkungen (von den bürgerlichen angeblich gewollt) und Wohlfahrt (Sozialdemokratische Priorität) gestellt.

EU-Politik

Ein weiterer Punkt, bei dem man nicht nur in Deutschland mit großem Interesse auf Dänemark schaut ist im Bereich der EU-Politik.

Hier ist es derzeit vor allem der neue, britische Premier Gordon Brown, der nach Kopenhagen schießt. Der Grund ist ein mögliches Referendum in Dänemark über den neuen EU-Reformvertrag.

Als der Reformvertrag noch Verfassung hieß, war es eindeutig, dass man den dänischen Wähler werde befragen müssen – doch nach den negativen Referenden in den Niederlanden und Frankreich und den beinahe zwei Jahren der sog. Reflexionsphase gibt es ja bekanntlich einen neuen Entwurf und hier streiten sich in Dänemark die Geister.

Die Parteien ganz Links und ganz rechts auf der politischen Skala fordern

eine Volksabstimmung und auch die neue Allianz fordert eine solche. Venstre und Konservative meinen, dass eine Volksbefragung nicht nötig ist. Die Sozialdemokraten haben auch die Tür zu einer möglichen Volksbefragung geöffnet – ohne aber endgültig Stellung zu beziehen. Im Wahlkampf hat das Thema bislang noch keine dominierende Rolle gespielt.

Für die europäische Zusammenarbeit jedoch spielt Dänemark in diesem Punkt eine sehr wichtige Rolle – denn es wird für Gordon Brown schwer in Großbritannien eine Abstimmung zu verhindern, wenn Dänemark eine solche durchführt.

Die meisten Meinungsumfragen gehen von einer JA-Mehrheit aus. Aber bekanntlich sind diese Abstimmungen in Dänemark mit einem großen Risiko verbunden.

Fehmarn-Belt

Als letzten thematischen Schwerpunkt habe ich mir die viel diskutierte Fehmarn-Belt-Querung ausgesucht.

Diese geplante Brücke zwischen Deutschland und Dänemark hat bekanntlich zu viel Diskussion geführt und ist nicht zuletzt auch in unserem Landesteil nicht unumstritten.

Der nicht mehr im Amt weilenden Verkehrsminister Hansen, der mit seinem deutschen Kollegen Tiefensee die Verhandlungen geführt hat, spricht von den schwierigsten Verhandlungen seines Lebens, die kurz vor dem Scheitern gestanden haben.

Das große dänische Interesse die Brücke zu bauen fand nur gedämpfte lauwarmer Gegenliebe auf deutscher Seite. Nachdem Dänemark die gesamten Baukosten der Brücke zugesichert hat (dafür aber auch die Maut kassieren wird) stimmte man von deutscher Seite zu.

Die Befürchtungen können in zwei Hauptkritikpunkte unterteilt werden

1) Die betroffene Region in Fehmarn befürchtet wirtschaftliche, unmittelbare Konsequenzen durch den wegfallenden Fährverkehr. In unserem Landesteil befürchtet man, dass die direkte Verbindung zu einer weiteren Verlagerung Kopenhagen-Hamburg führt und der Landesteil weiter ins Randzonengebiet verlagert wird

2) ist eine verkehrspolitische und finanzielle Betrachtung. Einige Experten sind der Auffassung, dass das Verkehrsaufkommen nicht ausreicht, um die Brücke rentabel zu halten und dass es auch im Bereich der Infrastrukturmaßnahmen, die in Verlängerung des Brückenbaus ergriffen werden müssen, noch sehr viele offene Fragen gibt.

Es gibt eine politische Absichtserklärung, dass die Brücke gebaut werden soll - es ist noch nicht endgültig entschieden, aber es darf davon ausgegangen

werden, dass mit dem Bau und Fertigstellung zu rechnen sein wird.

Lassen sie mich die Betrachtungen – wieder im Vergleich zum Ausland mit einer besonderen Eigenart der dänischen Politik weiterführen. Eine Eigenart, die es so in Deutschland, denke ich nicht gibt.

Dies ist der Einfluss und die Präsenz der sog. Spinndoktoren und Experten. Mir ist kein Land in Europa bewusst, wo sog. Politikexperten, Professoren, Redakteure und andere politische Beobachter so großen Raum im politischen Diskurs einnehmen. Es gibt Fernsehsendungen mit eigenen politischen Kommentatoren, jede Zeitung hat ihren profilierten Experten und keine Nachrichtensendung ohne Professor, Spinndoktor oder politischer Beobachter, der einen Kommentar abgibt.

Dies ergibt – so analysieren erneut meist Wissenschaftler – eine Verschiebung des Meinungsbildungsprozesses weg vom Zusammenspiel zwischen Parlament und Regierung und dem politischen Ringen hin zu einer immer stärkeren Medien-Demokratie, die von externen Experten bestimmt wird. Apologeten zeichnen bereits in diesem Zusammenhang eine Verschiebung des parlamentarischen Systems, das durch den Einfluss der externen Experten an Bedeutung verliert – mit einer Gefahr für das demokratische System.

Ich denke persönlich man sollte mit einem solchen Horrorszenario vorsichtig sein – aber dennoch wäre es sicher nicht verkehrt unseren Politikern mehr Vertrauen zu schenken und ihnen die Bewertung der politischen Lage zuzutrauen – und nicht nur den Experten.

Ich habe versucht ihnen einen kurzen Überblick über die politische Situation in Dänemark zu geben – ich habe bei der Vorbereitung überlegt, ob ich eine endgültige Prognose geben soll, wie die Wahl ausgehen wird – man liegt ja, dafür muss man ja nur die Zeitungen lesen – meistens falsch, aber ich wage es dennoch.

Ich denke, dass es keine klare Mehrheit am 13. November geben wird. Dass es einige Verhandlungsrunden geben wird, bis ein neuer Regierungschef gewählt wird. Der wird aber wieder Anders Fogh Rasmussen heißen. Doch Dänemark wird wieder zu seiner alten Tradition der Minderheitsregierungen, mit wechselnden Mehrheiten zurückkehren. Die neue Allianz und Dansk

Folkeparti und sicher auch die Radikale Venstre werden Venstre und Konservative wechselnd unterstützen. Es wird dünne Mehrheiten geben und die Chance, dass eine neue Regierung die gesamte Wahlperiode durchsitzen wird, ist gering und die Wahrscheinlichkeit, dass wir häufigere Wahlen erleben, wie in Dänemark nicht unbekannt, erscheint mir wahrscheinlich.

Doch wie gesagt – ich werde mich sicher in guter Gesellschaft mit anderen Kommentatoren befinden und mich irren – der 13. November wird spannend werden.

EUROPÄISCHE MINDERHEITENPOLITIK

Ich hatte ihnen einleitend erklärt, dass ich mit einigen Schlussbemerkungen zur europäischen Minderheitenpolitik schließen werde.

Dänemark hat sich im vergangenen Jahr mit an die Spitze des europäischen Minderheitenschutzes gestellt. Zum ersten Mal hat ein Nationalstaat sich bereit erklärt, die finanzielle Arbeit der Minderheiten auf europäischer Ebene direkt zu unterstützen. Diese Unterstützung und auch Anerkennung der europäischen Minderheitenarbeit durch die FUEV hat einen positiven Effekt, da nun auch Ungarn dem Beispiel Dänemarks folgen will und die Arbeit mit einer institutionellen Förderung unterstützen möchte.

Das Europäische Parlament ist ebenfalls ein positives Beispiel. Wir sind soeben mit einer Delegation – an der auch die Minderheiten des deutsch-dänischen Grenzlandes beteiligt waren – zu Verhandlungen mit dem EU-Parlament in Straßburg gewesen. Dort haben wir von den Erfahrungen auch aus unserer Region berichten können, wie es gelingen kann den Minderheiten im parlamentarischen System eine Stimme zu verschaffen. Wir haben mit den Kontaktausschüssen in Kopenhagen und Kiel in der Minderheit sehr gute Erfahrungen gesammelt. Das Europäische Parlament hat nun zugesichert ein solches Kontaktforum zwischen den Minderheiten vertreten in der FUEV und JEV am EU-Parlament einzurichten. Beide Organisationen sind mit diesem Ergebnis zu Recht zufrieden. Es ist einzigartig und neu in Europa und bietet neue Entwicklungschancen für den europäischen Minderheitenschutz.

Ich werde oft gefragt, was bringt uns nun in Nordschleswig ganz konkret diese europäische Minderheitenarbeit. Ich denke es ist kein Geheimnis, dass die Europäische Ebene in allen Politikbereichen der Gesellschaft immer mehr an Gewicht gewinnt und das gilt auch für die Minderheiten. Wir schaffen unsere Verhandlungen in Kopenhagen und Berlin natürlich auch ohne europäischen Beistand – aber die Beeinflussung von Entwicklungen im Minderheitenschutz ist durch eine Doppelstrategie von Nationalstaats und

Europäischer Ebene nachhaltiger.

Hinzu kommt die Solidarität, die wir den Minderheiten in Europa schulden. Wir sind im Grenzland hier sehr weit gekommen – doch wir sollten uns vielleicht öfter vor Augen führen, dass das Erreichte keine Selbstverständlichkeit ist – sondern hart erkämpft wurde und da lohnt es sich in diesem Zusammenhang ab und zu ins europäische Ausland zu schauen und zu helfen, wenn man kann, dort wo Minderheitenfragen weiterhin eine Frage von Krieg und Frieden ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Ich möchte meine Ausführungen damit schließen sie alle aufzufordern, am 7. November zur Wahlveranstaltung des Bundes Deutscher Nordschleswiger zu kommen, wo sich die Folketingspolitiker aus dem Grenzland zur Diskussion stellen und sie noch genaueres über die dänische Politik erfahren können.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.